

Rom akzeptiert Rückweisungen widerwillig

Italiens Botschafter kritisiert Asyl-Regeln als ungerecht

Die Schweiz weist Tausende Flüchtlinge nach Italien zurück. Das entspreche den EU-Regeln, die sein Land zwar respektiere, jedoch ablehne, sagt Botschafter Del Pantà.

Stefan Bühler

Die Wüste und das Mittelmeer haben sie durchquert, auch ganz Italien vom Süden in den Norden. Nun stellt sich den Flüchtlingen die Schweizer Grenze in den Weg. Und diese ist für die meisten zurzeit unüberwindbar: Über 8200 Personen haben die Schweizer Grenzwächter seit Anfang Jahr an der Grenze angehalten und nach Italien zurückgewiesen. Allein im Juli waren es im Tessin 3560.

Die Politik der rigorosen Kontrollen wird von höchster Stelle unterstützt: Die Schweiz wolle kein Transitland sein, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga diese Woche. Flüchtlinge, die bereits in Italien registriert worden sind oder in der Schweiz gar nicht um Asyl ersuchen, sondern weiter in den Norden reisen wollen, werden abgewiesen – so sehen es die Regeln des Dublin-Abkommens vor, an dem die Schweiz assoziiert ist.

Die Folgen dieser Politik: Der Bund wird die Prognose zu den Asylgesuchen für das laufende Jahr bald nach unten korrigieren können. Die Kehrseite: Hunderte

Flüchtlinge sind im italienischen Como gestrandet, hier hat sich ein wildes Flüchtlingscamp gebildet. Mit Zuständen, die für Sommaruga «schwer erträglich» sind, wie sie sagte: «So etwas darf es in Europa nicht mehr geben.»

Neue Asylpolitik gefordert

Dieser Meinung ist auch der italienische Botschafter in Bern, Marco Del Pantà Ridolfi. Gleichwohl mag er dem Bund keine Vorwürfe machen. «Die Schweiz wendet lediglich die Regeln der Dublin-Verordnung an, sie verhält sich korrekt, die Zusammenarbeit ist gut.» Italien habe der Verordnung im EU-Rat jedoch nicht zugestimmt, «weil es die Staaten an der EU-Aussengrenze stark benachteiligt». Auch fordere seine Regierung weiterhin eine Änderung der Asylpolitik, damit sich alle EU-Staaten an der Lösung der Flüchtlingskrise beteiligten. Solange aber der EU-Rat keine Änderung beschliesse, «hält sich Italien an die Bestimmungen von Dublin». Bezogen auf die Probleme in Como ist für ihn deshalb unbestritten: «Italien steht in der Verantwortung, wir müssen diese Probleme lösen.» Das Innenministerium in Rom werde «sobald als möglich» dafür sorgen, dass die Flüchtlinge in Como angemessen betreut werden.

Nachdem zuerst Frankreich die Grenze zu Italien für Flücht-



Helfer aus dem Tessin verteilen Essen: Im italienischen Como sind Hunderte Flüchtlinge gestrandet. (12. August 2016)

linge dichtgemacht hatte, ist auch Österreich restriktiver geworden. Die beiden Flüchtlingsrouten über Ventimiglia und den Brenner sind praktisch geschlossen.

«Seit einigen Monaten versuchen viele über Como und durch die Schweiz auszuweichen», erklärt Del Pantà dazu. Die Zunah-



«In der Verantwortung»: Marco Del Pantà Ridolfi.

me der Flüchtlingszahl auf dieser Route und die vielen Rückweisungen der Schweiz seien neue Phänomene, darum sei man auf die Probleme in Como nicht genügend vorbereitet gewesen.

Dass der Bund mehr Flüchtlinge zurückweisen kann, dafür sorgt allerdings Italien selbst: «Wir registrieren inzwischen über 90 Prozent aller ankommenden Flüchtlinge», sagt der Botschafter. Das Asylverfahren für diese Flüchtlinge muss gemäss Dublin in Italien abgewickelt werden. Die Zahl der Registrierungen ist damit viel höher als noch vor ein, zwei Jahren, als deutlich mehr Flüchtlinge das Land unregistriert passieren konnten.

Der Fleiss der italienischen Behörden hat laut Del Pantà wenig damit zu tun, dass Rom nach dem

Entscheid der Briten für den Brexit eine wichtigere Rolle in der EU anstrebe und sich deshalb als Musterschüler positioniere, wie manche Beobachter glauben. Vielmehr habe es einfach Zeit gebraucht, die Infrastruktur und die Administration zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und zum Empfang sowie zur Registrierung der Asylbewerber aufzustellen. «Zugleich waren wir gemäss den Finanz-Bestimmungen der EU gezwungen zu sparen, das hat es nicht leichter gemacht.»

Rettungen auf dem Meer

Auch sei es schwierig, Flüchtlinge gegen ihren Willen zu registrieren. «Es hat deswegen Zeit gebraucht; aber seit Monaten ist die Zahl der Registrierungen stark gestiegen.» Erfreut zeigt sich Del

Pantà, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex nun gestärkt wird, auch mithilfe der Schweiz. Bern stockt den finanziellen Beitrag von 4,6 auf 10,5 Millionen Franken auf und entsendet zusätzliche Grenzwächter.

Die Tragödien, die sich auf dem Mittelmeer immer noch ereignen, zeigen laut dem Botschafter, «dass wir vor einer lang anhaltenden Herausforderung stehen; einer Herausforderung, der sich alle europäischen Länder zusammen stellen müssen». Wiewohl immer noch italienische Boote die meisten Rettungen im Mittelmeer vornahmen, sei die Unterstützung von Frontex durch viele europäische Länder «kein erster Schritt in Richtung einer gemeinsamen Weise, das Flüchtlingsproblem anzugehen».

Umweltverbände rügen Zulassung von Pestiziden

Mehrere Umweltverbände kritisieren, das Verfahren zur Zulassung von Pestiziden in der Schweiz sei zu wenig transparent. Eine Studie gibt den Kritikern recht.

Kathrin Alder

Das Schweizer Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel weise Schwächen auf, die für Umwelt und Bevölkerung ein Risiko darstellen könnten. Das sagen die Umweltverbände WWF Schweiz, Bird Life Schweiz, Pro Natura und Greenpeace Schweiz, gestützt auf eine Studie, die sie in Auftrag gegeben haben. Durchgeführt hat die Studie «Interface Politik-Studien». Sie hat das Zulassungsverfahren mit jenen in Deutschland und in Neuseeland verglichen und dabei fünf kritische Punkte ausgemacht. Daniela Hoffmann,



Mit dem Helikopter gegen Pilzbefall. (Flanthey, 3. August 2016)

Projektleiterin Landwirtschaft und Biodiversität bei WWF Schweiz, hält drei davon für besonders problematisch: Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) habe im Verfahren zu wenig Gewicht.

Es könne lediglich bei der Kennzeichnung und Einstufung von neuen Wirkstoffen mitreden, nicht aber beim finalen Entscheid, den das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) fälle. Die

Prüfung der Umweltverträglichkeit übernimmt die eidgenössische landwirtschaftliche Forschungsanstalt Agroscope, auf deren Expertise sich das BLW stützt. «Der Schlussscheid zur Zulassung liegt aber alleine beim BLW, ohne dass Umweltinteressen adäquat vertreten wären», sagt Daniela Hoffmann.

Als heikel beurteilen die Umweltverbände auch die Doppelrolle des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW), das gleichzeitig als entscheidende Behörde und Anlaufstelle für die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln fungiere. Damit bestehe eine Nähe zu den Herstellern und den Anwendern, welche die Unabhängigkeit der Entscheidfällung beeinflussen könne, sagt Hoffmann. Zudem sei das Verfahren zu wenig transparent, da die Zulassungsentscheide nicht publiziert werden. «Ent-

schieden wird im stillen Kämmerlein, das Verfahren ist eine Blackbox», sagt Hoffmann. Die Öffentlichkeit habe aber das Recht zu erfahren, weshalb ein Pestizid zugelassen werde – oder eben nicht.

Das Zulassungsverfahren verläuft in der Schweiz über verschiedene Bundesstellen. Damit soll sichergestellt werden, dass unterschiedliche Schutzziele im Verfahren vertreten sind. Agroscope etwa prüft ein Pestizid auf dessen Eignung für den vorgesehenen Einsatz und auf Nebenwirkungen für Pflanzen, Mensch, Tier und Umwelt. Ferner wird analysiert, ob das Mittel etwa Rückstände in Lebensmitteln hinterlässt oder ob es die Gesundheit der Anwender oder Anwohner gefährdet.

Olivier Félix, der beim BLW den Fachbereich Nachhaltiger Pflanzenschutz leitet, hält die Kritik am Verfahren für nicht ge-

rechtfertigt: «Wir haben seit 2005 einen Drittel aller Wirkstoffe aus dem Markt zurückgezogen, das entspricht rund 1000 Produkten im Bereich der Pflanzenschutzmittel», sagt er. «Das zeigt doch, dass das Verfahren funktioniert.»

Alle betroffenen Stellen seien im Zulassungsverfahren ausreichend involviert. Agroscope sei zwar administrativ dem BLW unterstellt, handle aber wissenschaftlich vollkommen unabhängig. Einverstanden ist er hingegen mit der Kritik an der mangelnden Transparenz des Zulassungsverfahrens. Man nehme sich dieses Punkts im Rahmen des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel an. Bis 2019 sollen demnach Informationen aus dem Zulassungsverfahren öffentlich gemacht werden. Der Aktionsplan liegt interessierten Kreisen bis Ende Oktober zur Stellungnahme vor.

Wortkontrolle

► Patriotismus, der

Zu Zeiten Olympischer Spiele wie gerade in Rio de Janeiro feiert der P. Urständ. Befeuert wird er von Fernsehkommentatoren wie Bernard Thurnheer (►Rentenalter 99): Sie brechen spontan in Jubel aus, wenn ein unbekannter Sportler nach dreifachem Vorwärts- und doppeltem Rückwärtssalto sich rotierend in eine Turnmatte schraubt (►Talent), und das nur weil

dieser Sportler ein rotes Tenue mit weissem Kreuz trägt (►Pawlow). In der Frühfranzösisch-Krise (►Sprachenstreit) leistet der P. einen Beitrag zur nationalen Kohäsion: Er erlaubt einem Berner, sich mit Heidi Diethelm Gerber (►rauchende Colts) zu identifizieren, und gibt ihm das erhebende Gefühl, mit der Thurgauerin etwas Grosses vollbracht zu haben (►Prost!).

Psychisch Handicaperte: Kaum Lehrstellen

Bei der Lehrstellensuche hilft eine Stiftung körperlich und psychisch beeinträchtigten Jugendlichen.

Andreas Schmid

Für körperlich und psychisch beeinträchtigte Jugendliche existiert seit Juni eine spezifische Lehrstellen-Plattform im Internet. Auf dem Portal bieten Betriebe Schulabgängern mit einem Handicap Ausbildungen an, die ihren Fähigkeiten entsprechen. Derzeit seien gut 200 Lehrstellen für Jugendliche mit einer Beein-

trächtigkeit ausgeschrieben, sagt Projektleiter Simon Müller von der Stiftung MyHandicap. Diese hat das Angebot «Lehre + Handicap» initiiert, um Jugendlichen mit einer Behinderung Zugang zu möglichst vielen Lehrstellen zu verschaffen und Firmen zu motivieren, Ausbildungen für sämtliche Niveaus anzubieten und auf der Plattform auszuschreiben.

Die offenen Lehrstellen sind ab kommenden Sommer zu besetzen, so dass viele Inserate erst in den nächsten Wochen publik werden. «Wir rechnen damit, bald ein Überangebot an Lehrstellen

für Jugendliche mit Handicap zu haben», sagt Müller. Für einige Berufe, etwa in der Pflege oder der Kinderbetreuung, sei die Nachfrage aber wesentlich grösser als die vorhandene Auswahl.

Am meisten Mühe, eine Lehrstelle zu finden, haben laut Müller Jugendliche mit psychischen Problemen. «Betriebe sind im Umgang mit ihnen nicht vertraut, sie wissen nicht, worauf sie sich einlassen.» Ein psychisches Handicap sei viel unberechenbarer als ein körperliches, erklärt Müller den Umstand. «Wenn ein Lehrling im Rollstuhl sitzt, kann sich das

Unternehmen dagegen darauf einstellen und weiss, in welchen Bereichen der Jugendliche eingeschränkt ist.»

Müller weist darauf hin, dass sich nur ein kleiner Teil der Lehrstellensuchenden mit Handicap auf dem spezialisierten Portal nach einer Ausbildung umsieht. «Viele finden auf dem allgemeinen Lehrstellenmarkt eine Stelle.» Von den jährlich rund 25000 Schulabgängern seien rund 10 Prozent handicapert, schätzt Müller. Die meisten von ihnen körperlich, geschätzte 10 bis 15 Prozent psychisch.